

Wien, 23. Juli 2020

Sperrfrist: Donnerstag, 23. Juli 2020, 10:00 Uhr

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2024

Hohe Unsicherheit und mäßiges Wachstum durch die Corona-Krise

Die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben eine äußerst tiefe globale Rezession ausgelöst. Im laufenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Österreich um historisch einmalige 7 ¼ % zurückgehen. Aber bereits in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres sollte eine wirtschaftliche Erholung einsetzen, und im Verlauf des Jahr 2022 dürfte die Wirtschaftsleistung wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Für die gesamte Prognoseperiode 2020 bis 2024 erwartet das Institut eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich ¾ % pro Jahr. Mit der wirtschaftlichen Erholung wird wohl die Inflation etwas anziehen; mit einem Maximalwert von 2 ¼ % im Jahr 2024 bleibt der Preisdruck aber verhalten. Die Corona-Krise hat einen äußerst kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit verursacht. Ausgehend von 10 ¼ % im laufenden Jahr könnte die Arbeitslosenquote bis zum Ende der Prognoseperiode auf 8 % zurückgehen. Die öffentlichen Haushalte werden durch den tiefen Wirtschaftseinbruch und die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen schwer belastet. Die Wirtschaftspolitik sollte auf eine Stärkung der Wachstumskräfte setzen, was die erforderliche Haushaltskonsolidierung erleichtern würde.

Die COVID-19-Pandemie und die strengen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben auch in Österreich zu einem gravierenden Wirtschaftseinbruch geführt. Bereits in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres dürfte aber eine wirtschaftliche Erholung einsetzen. Somit erwartet das Institut für den Zeitraum 2020 bis 2024 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 0,7 %. In den vergangenen fünf Jahren betrug die durchschnittliche Zunahme 1,9 %. Das zu erwartende Wachstum ist aber höher als nach der Finanzkrise (2009–2013: 0,3 %). Diese mittelfristige Vorausschau basiert auf der Juni-Prognose des Instituts für die Jahre 2020 und 2021 und erweitert den Prognosehorizont bis zum Jahr 2024. Nach dem starken Einbruch in diesem Jahr (–7,3 %) und der aufgrund des Wegfalls der Lockdown-Effekte kräftigen Erholung im kommenden Jahr (5,8 %) sollte die Wirtschaft im Jahr 2022 auf einen soliden Wachstumskurs zurückkehren. Für die Jahre 2022 bis 2024 werden Zuwächse von 2,3 %, 1,8 % und 1,6 % erwartet. Insgesamt sollte damit die Wirtschaftsleistung etwa im selben Tempo wie im Euroraum zulegen.

Die mittelfristige Projektion orientiert sich am Produktionspotenzial, also der bei normaler Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten erreichbaren Produktion. Das Institut schätzt, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2019 um $1\frac{1}{2}\%$ gestiegen ist. Die Corona-Krise dürfte das Wachstum des Produktionspotenzials nur temporär belasten. Für das laufende Jahr wird ein Wachstum des Potenzials von knapp 1% erwartet, aber bereits ab dem kommenden Jahr sollte sich das Potenzialwachstum erholen und bis 2024 auf knapp $1\frac{1}{2}\%$ beschleunigen. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um $1\frac{3}{4}\%$ über dem Produktionspotenzial gelegen haben dürfte, schätzt das Institut für heuer einen Absturz der Kapazitätsauslastung auf $-6\frac{1}{2}\%$. Da sich die Konjunktur nur allmählich erholen dürfte, während das Produktionspotenzial nur vorübergehend schwächer wächst, dürften auch am Ende des Fünfjahreszeitraums die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten noch um knapp 1% unterausgelastet sein. Aufgrund des atypischen Charakters dieser Krise ist auch die Abschätzung des Produktionspotenzials mit größerer Unsicherheit als üblich behaftet.

Die COVID-19-Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren verursacht. Ausgehend von China griff die Pandemie auf Europa über und erfasst gegenwärtig fast die gesamte Welt. Das Institut geht davon aus, dass der Tiefpunkt der Rezession bereits im zweiten Quartal des laufenden Jahres erreicht wurde und die Weltwirtschaft nun wieder auf einen moderaten Wachstumskurs zurückkehrt. Für die USA wird ein durchschnittliches Wachstum von knapp 1% im Prognosezeitraum erwartet. Mit knapp über $\frac{1}{2}\%$ dürfte die Wirtschaft im Euroraum etwas langsamer zulegen. Für die Gruppe der Industriestaaten impliziert dies ein Wachstum von $\frac{3}{4}\%$. Die Wirtschaft in den Schwellenländern sollte zwar deutlich schneller wachsen als die in den Industriestaaten, aber mit einem historisch gesehen geringen Tempo. Nach $3\frac{1}{2}\%$ in den vergangenen fünf Jahren dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum auf durchschnittlich gut 2% pro Jahr verlangsamen.

Die gesundheitspolitisch motivierten Eindämmungsmaßnahmen führen im laufenden Jahr zu einem gravierenden Einbruch des privaten Konsums in Österreich. In der Lockdown-Phase wurden die Konsummöglichkeiten stark eingeschränkt; so kamen die wirtschaftlichen Aktivitäten im Handel mit nicht-lebensnotwendigen Gütern, im Tourismus sowie im Bereich Unterhaltung/Kultur fast völlig zum Erliegen. Mit dem Ausklingen der COVID-19-bedingten Effekte sollte der private Konsum nächstes Jahr wieder das Vorkrisenniveau erreichen und danach auf einen soliden Wachstumskurs einschwenken. Für den gesamten Prognosezeitraum wird ein durchschnittliches Wachstum von gut 1% pro Jahr erwartet. Ausgehend von $8\frac{1}{2}\%$ im Vorjahr dürfte die

Sparquote im laufenden Jahr auf $12\frac{1}{4}\%$ steigen und danach wieder fallen. Am Ende des Prognosezeitraums könnte sich ein Wert von gut $7\frac{1}{2}\%$ ergeben.

In den vergangenen fünf Jahren wurden die Ausrüstungsinvestitionen und in den letzten drei Jahren auch die Bauinvestitionen kräftig ausgeweitet. Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen stiegen um knapp $3\frac{1}{2}\%$. Die Corona-Krise führt zu einem Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen im heurigen Jahr, während die Bauinvestitionen weniger stark betroffen sein sollten. Daher fällt auch die Erholung bei den Bauinvestitionen schwächer aus. Belastet wird die Investitionstätigkeit durch die niedrige Kapazitätsauslastung und die hohe Unsicherheit. Stützend wirken die niedrigen Finanzierungskosten und die fiskalpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Der Wohnbau profitiert von der Zuwanderung und steigenden Immobilienpreisen. Aufgrund des Einbruchs im heurigen Jahr wachsen die Anlageinvestitionen im Zeitraum 2020 bis 2024 nur um $\frac{3}{4}\%$ pro Jahr, wobei für die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen dieselbe durchschnittliche Zunahme erwartet wird.

Die schwache globale Konjunktur drückt auf den Welthandel. Die heimischen Exportmärkte sollten sich um durchschnittlich $1\frac{1}{2}\%$ pro Jahr ausweiten. Das Institut erwartet, dass die Exporte im selben Tempo zulegen. Die Corona-Krise hat insbesondere den Tourismussektor schwer getroffen. Erst am Ende des Prognosezeitraums dürften die Reiseverkehrsexporte annähernd wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Die verhaltene Binnennachfrage dämpft auch die Importnachfrage. Die Importe werden voraussichtlich um durchschnittlich $1\frac{3}{4}\%$ pro Jahr zulegen. Von der Außenwirtschaft geht somit kein Wachstumsbeitrag aus.

Für die Jahre 2020 bis 2024 erwartet das Institut eine durchschnittliche Inflationsrate von $1\frac{3}{4}\%$. Ausgehend von 1% sollte sich der Preisauftrieb mit der Konjunkturerholung wieder bis auf $2\frac{1}{4}\%$ beschleunigen. Von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen sowie den Lohnstückkosten dürften dabei nur schwache preistreibende Impulse ausgehen.

Die Corona-Krise hat voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Mit dem Lockdown ist die Beschäftigung eingebrochen und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist enorm angestiegen. Aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität sollte sich die Lage am Arbeitsmarkt sukzessive verbessern, allerdings nur langsam. Das durchschnittliche Beschäftigungswachstum im Prognosezeitraum dürfte wohl nur knapp $\frac{1}{2}\%$ betragen. Ausgehend von $10\frac{1}{4}\%$ im laufenden Jahr könnte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf 8% sinken.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird von der Corona-Krise dominiert. Die Bundesregierung hat zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftseinbruch abzumildern und das „Hochfahren“ der Wirtschaft zu unterstützen.

Ein umfangreiches Hilfspaket in Höhe von 50 Mrd. Euro wurde zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufgelegt. Inkludiert sind in diesem Paket ein Härtefallfonds vor allem für Kleinunternehmen, ein Corona-Hilfsfonds mit Garantien und Haftungen zur Kreditsicherung von Unternehmen und einem Fixkostenzuschuss, Steuerstundungen sowie Mittel zur Finanzierung von Kurzarbeitsbeihilfen. Dazu kommen unter anderem zusätzliche Ausgaben für den Gesundheitsbereich sowie Investitionsförderungen, Steuersenkungen, Einmalzahlungen für Kinder und Arbeitslose, und staatliche Investitionen. Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen sind unzweifelhaft notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren bzw. mittelfristig auf einen stabilen Wachstumskurs zu bringen; allerdings wird das Budget ganz massiv belastet. Das Institut geht davon aus, dass das Budgetdefizit bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf 2 % des BIP zurückgeführt werden kann. Allerdings ist die Abschätzung der budgetären Entwicklung gegenwärtig mit großer Unsicherheit behaftet.

Die Pandemie stellt die Wirtschafts- und Finanzpolitik vor große Herausforderungen. Wirtschaftspolitisch gilt es, angesichts der Unsicherheit weiterhin auf die wirtschaftliche Dynamik im Inland, aber auch im Ausland, zu achten, und die gewählten wirtschaftspolitischen Instrumente gegebenenfalls weiterzuentwickeln oder gänzlich neue Instrumente zu generieren. Großes Augenmerk muss in den kommenden Jahren auf den Arbeitsmarkt gelegt werden. Eine Umwandlung der Corona-Kurzarbeit, aktive Arbeitsmarktpolitik, z.B. in Form von sektoralen Arbeitsmarktstiftungen, und eine Stärkung von Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungselementen im Rahmen der jeweiligen Programme scheinen unumgänglich, um Hysteresis-Effekte zu vermeiden. Besonders im Fokus stehen sollte auch jene Kohorte, die dieses Jahr auf den Arbeitsmarkt kommt. Aufgrund der schlechten Lage sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die keine Arbeit finden, zumindest ein weiteres Jahr in Ausbildung bleiben können.

Obwohl angesichts der Herausforderungen verständlich, wäre eine vollständige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf die durch COVID-19 ausgelöste Wirtschaftskrise gefährlich. Strukturelle Reform-Notwendigkeiten, die schon vor der Krise vorhanden waren, sind weiterhin für die österreichische Wirtschaftspolitik relevant. Dazu zählen die Notwendigkeit der Einhaltung der Klimaziele und ihre wirtschaftspolitische Unterlegung genauso wie Reformen in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen, mit dem Ziel, die Kostendynamik zu verlangsamen. Weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen sollen auf eine Stärkung der Wachstumskräfte setzen. Dies geschieht durch die stärkere Unterstützung von Innovation und Forschung. Gelingt die Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums, würde dies die erforderliche Haushaltskonsolidierung nach dem Ende der Wirtschaftskrise erleichtern.

Insgesamt gesehen dominieren die Abwärtsrisiken hinsichtlich der Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Corona-Krise könnte die protektionistischen Tendenzen in der Handelspolitik verstärken und so die Erholung der Weltwirtschaft bremsen. Eine Insolvenzwelle würde den Bankensektor belasten und könnte eine Finanzkrise auslösen. Die hohe internationale Verschuldung stellt einen weiteren Risikofaktor dar. Es herrscht auch weiterhin Unsicherheit über die finale Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Gegenwärtig hängt die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur von rein ökonomischen Faktoren ab, sondern insbesondere vom weiteren Verlauf der Pandemie. Um der dadurch besonders hohen Unsicherheit Rechnung zu tragen, hat das Institut neben der Basisvariante noch drei alternative Szenarien der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Österreich erstellt: ein Szenario „2. Welle“, ein Szenario „langsame Erholung“ und ein Szenario „schnelle Erholung“ (siehe Tabelle 3). Die Szenarien unterscheiden sich hinsichtlich der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2020 und 2021 und somit auch darin, wann wieder das Niveau der Wirtschaftsleistung von vor der Krise erreicht wird. Im Fall einer zweiten Welle der Virusausbreitung sind auch negative Auswirkungen auf das Produktionspotenzial zu erwarten.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2010–2014	2015–2019	2020–2024
Bruttoinlandsprodukt, real	1,2	1,9	0,7
Privater Konsum, real	0,6	1,2	1,1
Bruttoinvestitionen, real	1,5	3,5	0,4
Bruttoanlageninvestitionen, real	1,2	3,4	0,7
Ausrüstungsinvestitionen, real	2,5	4,6	0,7
Bauinvestitionen, real	-0,3	2,0	0,7
Inlandsnachfrage, real	1,0	1,8	0,9
Exporte i. w. S., real	4,7	4,0	1,4
Waren, real (laut VGR)	5,3	3,9	1,6
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0,5	3,3	-0,5
Importe i. w. S., real	4,4	3,9	1,7
Waren, real (laut VGR)	4,0	3,6	1,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1,7	4,5	0,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,1	1,7	0,4
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,3	8,3	8,8
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,1	5,3	5,3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,0	2,2	1,9
Preisindex des BIP	1,7	1,7	1,6
Verbraucherpreisindex	2,2	1,5	1,7
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-2,5	-0,8	-4,7
3-Monats-Euribor ⁱ	0,6	-0,3	-0,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	2,4	0,5	0,1

ⁱabsolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2015–2019	2020–2024
BIP, real		
Deutschland	1,7	0,6
Italien	1,0	0,4
Frankreich	1,6	0,4
Vereinigtes Königreich	1,8	0,6
Schweiz	1,7	1,0
USA	2,4	0,9
Japan	1,0	0,1
China	6,7	4,6
Polen	4,2	1,8
Slowakei	3,2	0,7
Tschechien	3,7	1,2
Ungarn	4,1	1,7
Slowenien	3,3	1,3
MOEL-5 ⁱ	3,9	1,5
Bulgarien	3,6	1,4
Rumänien	4,9	1,9
Kroatien	2,9	0,6
Russland	0,7	0,6
Euroraum	1,9	0,6
NMS-6 ⁱⁱ	4,1	1,6
EU-27 ⁱⁱⁱ	2,2	0,7
OECD	2,3	0,8
Welt	3,5	2,1
Welthandel (Waren laut CPB)	2,2	0,9
Österreichische Exportmärkte	3,7	1,5
USD/EUR Wechselkurs ^{iv}	1,13	1,11
Rohölpreis ^{iv}	57,8	50,7

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱohne Vereinigtes Königreich

^{iv}absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

Tabelle 3: Reales BIP-Wachstum (%) in den Szenarien

	2020	2021	2022	2023	2024
Basisvariante	-7,3	5,8	2,3	1,8	1,6
Langsame Erholung	-8,3	4,8	2,4	1,8	1,6
2. Welle	-9,1	1,4	2,3	1,8	1,6
Schnelle Erholung	-6,4	6,6	2,1	1,8	1,6

Quelle: Eigene Berechnungen

Rückfragehinweise

2020 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com